

**Beschluss des 4. Landesparteitages
2. Tagung, DIE LINKE. Thüringen, 22. März 2014 in Sömmerda**

(Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen)

Kernforderungen der Partei DIE LINKE. Thüringen

Thüringen braucht im Jahr 2014 endlich den politischen Wechsel!

DIE LINKE. Thüringen ist bereit, für die Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit, für höhere Löhne, für eine bessere und für alle zugängliche Bildung, für eine vielschichtige und weltoffene Kultur und für mehr Demokratie durch Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe Verantwortung zu übernehmen: auch durch die Übernahme von Regierungsämtern in einer Koalitionsregierung. Die noch im Amt befindliche Koalitionsregierung von CDU und SPD verantwortet 5 Jahre Stillstand bei den wichtigsten Zukunftsfragen unseres Landes. Das sichtbare Festhalten der CDU an verkrusteten Strukturen und die mittlerweile wechselseitige Blockade der Koalitionspartner bis hin zur Handlungsunfähigkeit fügen dem Land Schäden zu. Dabei erfordern die deutlich sichtbaren Probleme eine aktive Tätigkeit durch die regierende Politik, um Lösungen einzuleiten. Aber das Gegenteil ist der Fall.

DIE LINKE. Thüringen steht für einen solchen notwendigen politischen Wechsel. Dieser erfordert einen Regierungswechsel.

Für DIE LINKE. Thüringen ist die Übernahme von Regierungsverantwortung kein Selbstzweck, sondern Teil eines politischen Projektes zur konkreten und nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation der Menschen – an der Seite und in kritischer Auseinandersetzung mit der Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Selbstorganisation in außerparlamentarischen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Verbänden und Gewerkschaften.

Eine Regierung unter Führung oder Beteiligung der LINKEN wird einen konkreten gesellschaftlichen Mehrwert für die Menschen in Thüringen erbringen.

Eine solche Landesregierung wird insbesondere:

- in ein kostenloses Vorschuljahr für alle Kinder in Thüringen investieren,
- das Landeserziehungsgeld abschaffen,
- durch die Einstellung von 5.000 Lehrkräften in den folgenden 10 Jahren den prognostizierten Altersabgang auffangen und den Unterrichtsausfall an den Thüringer Schulen nachweisbar reduzieren,
- Gemeinschaftsschulen für alle konsequent voranbringen,
- im Sinne des Beutelsbacher Konsens durch geeignete Maßnahmen die Bildungsarbeit der Bundeswehr und des Verfassungsschutzes in Bildungseinrichtungen zu beenden,
- ein Zukunftsinvestitionsprogramm für den sozialökologischen Umbau in Thüringen auf den Weg bringen,
- mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen die Zusammenarbeit und Vernetzung der zahlreichen selbstständigen und freien Berufen als Einzelunternehmen fördern und unterstützen,
- zur Absicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum die Bildung von Sozialzentren und Landambulatorium fördern,
- im Bundesrat konsequent für einen existenzsichernden und Altersarmut ausschließenden flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde kämpfen,
- für ein Thüringer Projekt zur Schaffung von mindestens 2500 existenzsichernden Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose im gemeinwohlorientierten Bereich einsetzen,

- durch ein Transparenzgesetz die Informationsfreiheitsrechte der Einwohnerschaft stärken und die Verpflichtung zur Selbstoffenlegung staatlichen Verwaltungshandelns gesetzlich festschreiben,
- das gefährliche und untaugliche Instrument der V-Leute abschaffen und eine bürgerrechtsfreundliche Politik der öffentlichen Sicherheit vorantreiben, die Befugnisse auf das zur Gefahrenabwehr notwendige Maß beschränkt und die Grenzenlosigkeit der Eingriffsbefugnisse in Grundrechte beendet,
- die Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen im Rahmen einer Reform des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes einzuführen,
- das bestehende Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit konzeptionell neu ausrichten und entsprechend der in der Gesellschaft vorhandenen Einstellungen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Engagierten als Landesprogramm gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus neu aufstellen,
- die landesrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Flüchtlinge in Thüringen diskriminierungsfrei und menschenwürdig leben und an der Gesellschaft teilhaben können,
- auf kommunaler und Landesebene das Wahlalter mit 16 Jahren einführen,
- eine Funktional- und Verwaltungsreform und die darauf aufbauenden Gebietsveränderungen auf kommunaler Ebene auf den Weg bringen, die den strukturellen und finanziellen Anforderungen gerecht wird, Bürgernähe sowie Transparenz ausbaut und dort die Aufgabenerledigung ansiedelt, wo sie am besten erledigt werden kann,
- die Verantwortlichkeiten für die Kommunen und deren Finanzierung wieder im Innenministerium zusammenführen,
- die „Selbstbedienungsmöglichkeiten“ von Politikverantwortlichen und Beamtenschaft abschaffen,
- auf Bundesebene für eine einkommens- und verteilungsgerechte Einnahme- und Ausgabenpolitik streiten, damit Thüringen auch in Zukunft seine Aufgaben verantwortungsvoll im Interesse der hier lebenden Menschen wahrnehmen kann.